

Gemeinde Inzingen - Landkreis Lörrach

S a t z u n g

Aufgrund der §§ 1, 2 und 3 - 10 des Bundesbaugesetzes vom 21.12.1960 (BGBl. I S. 111), §§ 111 Abs.1, 111 Abs.2 Ziffer 2 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg vom 6.3.1961 (Ges.Bl.S.151) in Verbindung mit § 1 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 25.11.1955 (Ges.Bl.S.129) hat der Gemeinderat am 25.10.1966 den Bauplan für das Gewann "Auf der Heusetze" als Satzung beschlossen.

§ 1

Räumlicher Geltungsbereich des Bebauungsplans

Der räumliche Geltungsbereich ergibt sich aus der Festsetzung der Planungsgrenzen im Strassen- und Baulinienplan (§ 2 Ziff.1).

§ 2

Bestandteile des Bebauungsplans

Der Bebauungsplan besteht aus:

1. Begründung
2. Bebauungsverschriften
 - a. Übersichtsplan
 - b. Strassen- und Baulinienplan
3. Strassenlängsschnitte
4. Strassenquerschnitte

§ 3

Ordnungswidrigkeit

Ordnungswidrig im Sinne § 112 LBO handelt, wer dieser Satzung widerspricht.

§ 4

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit ihrer Bekanntmachung in Kraft.

26. Oktober 1966

Inzingen, den



Der Bürgermeister

(Braun)

22. Mai 1975

B e b a u u n g s v o r s c h r i f t e n

zum Teilbebauungsplan "Auf der Neusetze" der Gemeinde

I n z l i n g e n

A. Rechtsgrundlagen:

- 1) §§ 1 und 2, 8 und 9 des Bundesbaugesetzes (BBauG) vom 23. Juni 1960 (RGBl. I S. 341).
- 2) §§ 1 bis 23 der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung) vom 26. Juni 1962 (RGBl. S. 429) (BauNVO).
- 3) § 1 der 2. Verordnung der Landesregierung zur Durchführung des BBauG vom 27. Juni 1961 (Ges.Bl. S. 208).
- 4) §§ 3 Abs. 1, 7, 9, 16 und 111 Abs. 1 der Landesbauordnung vom 6.4.1964 (Ges.Bl. S. 151) (LBO).

B. Festsetzungen:

I. Art der baulichen Nutzung

§ 1

Baugebiet

Der gesamte räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist allgemeines Wohngebiet (WA) gemäß § 4 BauNVO.

§ 2

Ausnahmen

Soweit in § 4 BauNVO Ausnahmen vorgesehen sind, sind diese nicht Bestandteil des Teilbebauungsplanes.

§ 3

Festsetzungen im Gestaltungsplan

Festsetzungen nach § 4 Abs. 4 BauNVO (beschränkende Festsetzungen in Wohngebieten) erfolgen durch Eintragung im Gestaltungsplan (s. Zeichen-erklärung); es sind nur Wohngebäude mit nicht mehr als zwei Wohnungen zulässig.

§ 4

Neben- und Versorgungsanlagen

- (1) Als Nebenanlagen i. S. des § 14 Abs. 1 BauNVO sind unter den dort Genannten Voraussetzungen nur zulässig: Terrassen, kleine Stützmauern, Einfriedigungen, kleine Gartentreppen sowie sonstige ebenerdige bauliche Kleinanlagen.
- (2) Versorgungsanlagen i. S. des § 14 Abs. 2 BauNVO können als Ausnahmen zugelassen werden.

II. Maß der baulichen Nutzung:

§ 5

Allgemeines

Das Maß der baulichen Nutzung wird bestimmt durch Festsetzung der Grundflächenzahl und der Zahl der Vollgeschosse.

§ 6

Zulässiges Maß der baulichen Nutzung

- (1) Die Festsetzung der Grundflächenzahl und der Zahl der Vollgeschosse erfolgt durch Eintragung im Gestaltungsplan. Soweit eine Festsetzung der Grundflächenzahl im Gestaltungsplan nicht erfolgt, gilt die jeweils zugehörige Grundflächenzahl nach § 17 Abs. 1 BauNVO als festgesetzt.
- (2) Die Zahl der Vollgeschosse wird gem. § 17 Abs. 4 BauNVO als Höchstgrenze festgesetzt.
- (3) Die im Gestaltungsplan für die einzelnen Teilgebiete eingetragenen Grundflächenzahlen (GRZ) gelten als Höchstwerte.

III. Bauweise und überbaubare Grundstücksfläche:

§ 7

Bauweise

- (1) Als Bauweise wird die offene Bauweise festgesetzt.
- (2) Soweit im Gestaltungsplan Einzelhäuser, Doppelhäuser oder Hausgruppen eingetragen sind, gilt diese Eintragung als Festsetzung gem. § 22 Abs. 2 Satz 2 BauNVO.
- (3) Für die Stellung und die Firstrichtung der Gebäude sowie für die Dachform sind die Eintragungen im Gestaltungsplan maßgebend.

§ 8

Überbaubare Grundstücksflächen

- (1) Die Festsetzung von Straßenbegrenzungslinien, Baulinien, Baugrenzen,

und Bebauungstiefen erfolgt durch Eintragung im Straßen- und Baulinienplan.

(8) Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind Nebenanlagen i. S. des § 4 dieser Bebauungsvorschriften zulässig.

§ 9

Grenz- und Gebäudeabstand

Die Grenz- und Gebäudeabstände in der offenen Bauweise richten sich nach den Bestimmungen der Landesbauordnung.

IV. Baugestaltung

siehe auch

§ 10 Satzungsänderung v. 8. 5. 1998

Gestaltung der Bauten

- (1) Die Grundrisse der Gebäude sollen ein langgestrecktes Rechteck bilden. Dabei soll die Gebäudelängsseite bei dem allein vorgesehenen Gebäudetyp in bergseits ein- und talseits zweigeschossiger Bauweise in der Regel mindestens 12,0 m betragen.
- (2) Die Höhe der Gebäude vom eingeebneten Gelände bis zur Traufe darf auf der zweigeschossigen Talseite höchstens 6,50 m ~~und auf der eingeschossigen Bergseite höchstens 4,0 m~~ betragen.
- (3) Die bergseitige Sockelhöhe der Gebäude (Oberkante Erdgeschoßfußboden) ist möglichst niedrig zu halten; sie darf nicht mehr als 0,60 m betragen.
- (4) An- und Vorbauten an den Gebäuden sind nur gestattet, wenn sie in einem angemessenen Größenverhältnis zum Hauptgebäude stehen und sich architektonisch einfügen.
- (5) Fensteröffnungen sind in ihrer Größe und Verteilung in der Wandfläche harmonisch zu gestalten.
- (6) Die Dachneigung muß bei allen Hauptgebäuden mindestens 15° und höchstens 27° betragen (flach geneigtes Dach). Bei Doppelhäusern muß die Dachneigung beider Gebäudeteile die gleiche sein. Für die Dacheindeckung sollen in der Regel engobierte Tonziegel verwendet werden.
- (7) Im Dachraum der Hauptgebäude ist nur der Einbau von Einzelwohnräumen an den Giebelseiten gestattet. Die Räume müssen ihre Belichtung und Belüftung jedoch ausschließlich durch Giebelfenster erhalten. Die Belichtung und Belüftung des übrigen Dachbodens muß durch liegende Fenster erfolgen.
- (8) Dachgaupen und Dachaufbauten sind bei allen flachgeneigten Dächern untersagt.

§ 11

Nebengebäude und Garagen

- (1) Garagen, Stellplätze und Nebenanlagen sind zusammen mit den Hauptgebäuden zu planen und im Baugesuch für das Hauptgebäude mit einzureichen.

- (2) Die Anordnung der Garagen, Garangruppen und Stellplätze soll sich an die Eintragungen im Gestaltungsplan anpassen.
- (3) Mehrere Einzelgaragen dürfen auf einem Grundstück nicht als freistehende Einzelbaukörper errichtet werden, sondern sie sind zu einer Garangruppe zusammenzufassen.
- (4) Einzel- und Sammelgaragen sind eingeschossig zu errichten. Die Höhe vom eingeebneten Gelände bis zur Traufe darf nicht mehr als 3,0 m betragen. Die Dachneigung soll bei freistehenden Garagen im allgemeinen 12° nicht übersteigen.
- (5) Garagen mit direkter Ausfahrt auf die Straße müssen von der Straßengrenzungsline einen Mindestabstand von 3,0 m aufweisen.
- (6) Kellergaragen sind nur in Ausnahmefällen zulässig, wenn die Gelände-verhältnisse eine solche Lösung erforderlich machen.

§ 12

Einfriedigungen

- (1) Die Einfriedigungen der Grundstücke an öffentlichen Straßen und Plätzen sind für die einzelnen Straßenzüge einheitlich zu gestalten. Gestattet sind Sockelmäuerchen bis 0,30 m Höhe aus Naturstein oder Beton mit Heckenhinterpflanzung aus bodenständigen Sträuchern, oder einfache Holzzäune (Scherenzäune) mit oder ohne Heckenhinterpflanzung, oder quadratisches Drahtgeflecht in Rahmen aus Rohren oder Winkelleisen mit Heckenhinterpflanzung. Die Gesamthöhe der Einfriedigungen soll das Maß von 1,20 m nicht überschreiten. An Straßeneinmündungen und Kreuzungen muß die Verkehrsübersicht gewahrt sein.
- (2) Die Verwendung von Stacheldraht als Einfriedigung ist nicht gestattet.
- (3) Wo die Straßen im Geländeeinschnitt liegen, sind evtl. erforderlich werdende Stützmauern längs der Straßen und auf den Grundstücken so niedrig wie möglich zu halten. Die Stützmauern sind in Natursteinmauerwerk oder aus Beton - tunlichst mit Natursteinverblendung - auszuführen.
- (4) Entlang den Straßenseiten, an denen keine Gehwege vorgesehen sind, muß die straßenseitige Flucht der Einfriedigungen und Stützmauern einen Mindestabstand von 0,50 m von der Straßengrenzungsline aufweisen.

§ 13

Grundstücksgestaltung und Vorgärten

- (1) Anfüllungen und Abtragungen auf dem Grundstücken sind so durchzuführen, daß die gegebenen natürlichen Gelände-verhältnisse möglichst wenig beeinträchtigt werden. Die Gelände-verhältnisse der Nachbargrundstücke sind dabei zu berücksichtigen.
- (2) Vorgrärten sind nach Erstellung der Gebäude als Ziergärten oder Rasenflächen anzulegen und zu unterhalten. Bei Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern sollen bodenständige Gehölze verwendet werden.
- (3) Vorplätze müssen planiert und befestigt werden.

§ 14

Planvorlage

- (1) Neben den üblichen Unterlagen für Baueingaben kann die Baurechts-

behörde die Darstellung der anschließenden Nachbarhäuser und erforderlichenfalls weitere Ergänzungen durch entsprechende Lichtbilder oder Modelle und Geländeschnittzeichnungen verlangen.

(2) Es kann ferner verlangt werden, daß die Umrisslinien der Bauten in der Natur mit Stangen und Latten so dargestellt werden, daß die Wirkung der zu erstellenden Gebäude im Gelände beurteilt werden kann.

§ 15

Ausnahmen und Befreiungen

Für Ausnahmen und Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes und den Bebauungsvorschriften gilt § 31 BBauG, ~~bezw. § 94 LBO.~~

Satzungsänderung, in Kraft getreten am 08.05.1998

für die Bebauungspläne

Nr. 402/08

"In den Gattern, In der Neusezte"
in Kraft getreten am 20.06.1967

Nr. 402/09

"In den Gattern"
in Kraft getreten am 11.03.1969

Nr. 402/10

"Hülstal"
in Kraft getreten am 19.12.1970

Satzung
der Gemeinde Inzlingen
über die Änderung folgender Bebauungspläne

1. "In den Gattern - Auf der Neusetze", in Kraft getreten am 20. Juni 1967
2. "In den Gattern", in Kraft getreten am 11. März 1969
3. "Hütstal", in Kraft getreten am 19. Dezember 1970

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) und der §§ 1 ff. der Baunutzungsverordnung (BauNVO), § 74 der Landesbauordnung (LBO BW) und § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GO BW) hat der Gemeinderat folgende Satzung über die Änderung der oben unter Ziffer 1. - 3. aufgeführten Bebauungspläne

am 03. Feb 1998 als Satzung beschlossen:

§ 1

Räumlicher Geltungsbereich der Satzung

Der räumliche Geltungsbereich ergibt sich aus den Festsetzungen der oben unter Ziffer 1. bis 3. aufgeführten Bebauungspläne.

§ 2

Gegenstand der Bebauungsplanänderungen

Die Änderungen betreffen den Textteil der Bebauungspläne. Anstelle der textlichen Festsetzungen

1. des Bebauungsplanes "In den Gattern - Auf der Neusetze", vom 20. Juni 1967
- B IV § 10 Abs. 6 tritt folgende geänderte Festsetzung:

Die Dachneigung muß bei allen Hauptgebäuden mindestens 25 ° betragen. Die maximal zulässige Dachneigung beträgt 35 °. Bei Doppelhäusern ist die Dachneigung beider Gebäudehälften gleich auszuführen. Für die Dacheindeckung sind Ziegel zu verwenden.

- B IV § 10 Abs. 7 entfällt

- B IV § 10 Abs. 8 tritt folgende geänderte Festsetzung:

Dachaufbauten sind bei Dächern mit mindestens 27 ° Dachneigung allgemein zulässig.

Dachaufbauten oder Dacheinschnitte dürfen sich innerhalb der Hauseinheiten höchstens über 1/3 der Trauflängen, bezogen auf die jeweilige Hausseite, erstrecken und müssen von den Gebäudetrennwänden mindestens 1,25 m und von den Giebeln mindestens 1,5 m Abstand einhalten.

- 2. des Bebauungsplanes "In den Gattern",
vom 11. März 1969

- B IV § 10 Abs. 6 tritt folgende geänderte Festsetzung:

Die Dachneigung muß bei allen Hauptgebäuden mindestens 25 ° betragen. Die maximal zulässige Dachneigung beträgt 35 °. Bei Doppelhäusern ist die Dachneigung beider Gebäudehälften gleich auszuführen. Für die Dacheindeckung sind Ziegel zu verwenden.

- B IV § 10 Abs. 8 entfällt

- B IV § 10 Abs. 9 tritt folgende geänderte Festsetzung:

Dachaufbauten sind bei Dächern mit mindestens 27 ° Dachneigung allgemein zulässig. Dachaufbauten oder Dacheinschnitte dürfen sich innerhalb der Hauseinheiten höchstens über 1/3 der Trauflängen, bezogen auf die jeweilige Hausseite, erstrecken und müssen von den Gebäudetrennwänden mindestens 1,25 m und von den Giebeln mindestens 1,5 m Abstand einhalten.

- 3. des Bebauungsplanes "Hütstal"
vom 19. Dezember 1970

- B IV § 11 Abs. 3 tritt folgende geänderte Festsetzung:

Die Höhe der Gebäude vom eingeebneten Gelände bis zur Traufe darf auf der Talseite höchstens 6,5 m betragen.

- B IV § 11 Abs. 7 tritt folgende geänderte Festsetzung:

Die Dachneigung muß bei allen Hauptgebäuden mindestens 25 ° betragen. Die maximal zulässige Dachneigung beträgt 35 °. Bei Doppelhäusern ist die Dachneigung beider Gebäudehälften gleich auszuführen. Für die Dacheindeckung sind Ziegel zu verwenden.

- B IV § 11 Abs. 8 entfällt

- B IV § 11 Abs. 10 tritt folgende geänderte Festsetzung:

Dachaufbauten sind bei Dächern mit mindestens 27 ° Dachneigung allgemein zulässig. Dachaufbauten oder Dacheinschnitte dürfen sich innerhalb der Hauseinheiten höchstens über 1/3 der Trauflängen, bezogen auf die jeweilige Hausseite, erstrecken und müssen von den Gebäudetrennwänden mindestens 1,25 m und von den Giebeln mindestens 1,5 m Abstand einhalten.

§ 3

Bestandteile der Satzung

Die obengenannten Änderungen der aufgeführten Bebauungspläne bestehen ausschließlich aus dieser Satzung. Beigefügt ist die Begründung.

§ 4

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 75 LBO handelt, wer den aufgrund von § 9 Abs. 4 BauGB, in Verbindung mit § 74 LBO ergangenen örtlichen Bauvorschriften vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt.

§ 5

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung nach § 12 BauGB in Kraft.

Inzlingen, den 04. Feb. 1998

Gemeinde Inzlingen

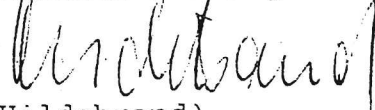


(Hildebrand)
Bürgermeister

Die ortsübliche Bekanntmachung nach § 12 BauGB erfolgte im Mitteilungsblatt der Gemeinde Inzlingen vom 08. Mai 1998. Somit ist die Änderung an diesem Tag in Kraft getreten.

Inzlingen, den 08. Mai 1998

Gemeinde Inzlingen



(Hildebrand)
Bürgermeister

S-HEI015.HO/B6010200

Satzungsänderung

In Kraft getreten am 17.03.2005

für folgende Bebauungspläne:

Nr. 402/06

„Am Hofweg und Sessi“ in Kraft getreten am 02.01.1957

Nr. 404/09

„Steinenweg, vereinfachte Änd. 1“ in Kraft getreten am 02.01.1957

Nr. 403/14

„In der Au, Möndenweg, Maienbühl vereinfachte Änd. 2i“
in Kraft getreten am 12.06.1983

Nr. 404/07

„Horland vereinfachte Änd. 1“ in Kraft getreten am 24.03.1984

Nr. 403/06

„In der Au, Möndenweg, Maienbühl“ in Kraft getreten am 08.11.1970,
geändert am 09.12.1988

Nr. 402/11

„Weingarten“ in Kraft getreten am 08.09.1974
geändert am 09.12.1988

Nr. 404/06

„Wasserschloß“ in Kraft getreten am 12.01.1975
geändert am 09.12.1988

Nr. 404/08

„Steinenweg“ in Kraft getreten am 08.09.1976

geändert am 09.12.1988

Nr. 403/11

„Mönden III“ in Kraft getreten am 05.09.1977

geändert am 09.12.1988

„In der Au, Möndenweg, Maienbühl, vereinfachte Änd. 4“

in Kraft getreten am 09.12.1988

„Mönden III“ in Kraft getreten am 09.12.1988

Nr. 403/17

„Abrundung Chrischonagasse“ in Kraft getreten am 27.03.1992

Nr. 402/10

„Hütstal“ in Kraft getreten am 19.12.1970

geändert am 08.05.1998

Nr. 402/08

„In den Gattern, Auf der Neusetze“ in Kraft getreten am 20.06.1967

geändert am 08.05.1998

Nr. 402/09

„In den Gattern“ in Kraft getreten am 11.03.1969

geändert am 08.05.1998

Nr. 402/12

„Bütz matt-Tal“ in Kraft getreten am 17.10.1986

geändert am 29.09.1999

Nr. 404/11

„Horland“ in Kraft getreten am 04.11.1999

Nr. 402/13

„In den Gattern II“ in Kraft getreten am 28.11.2002



Bebauungsplanänderungen

der Gemeinde Inzlingen

zur Errichtung von

Dachaufbauten, Dacheinschnitten und Nebengebäuden

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB), des § 74 der Landesbauordnung Baden-Württemberg (LBO BW) und § 4 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GO BW) hat der Gemeinderat der Gemeinde Inzlingen folgende Satzung über die Änderung der in § 3 aufgeführten Bebauungspläne

am.. 22. Februar 2005

beschlossen:

§ 1

Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1997 (BGBl. I S. 2141), berichtigt am 16. Januar 1998 (BGBl. I S. 137), zuletzt geändert durch EAG Bau vom 24. Juni 2004 (BGBl. I, S. 1359) – BauGB

Landesbauordnung für Baden-Württemberg vom 08. August 1995 (GBl. S. 695), in Kraft getreten am 01. Januar 1996, zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Oktober 2003 - LBO BW

Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Juli 2000 (GBl. S. 581, ber. S. 698, zuletzt geändert am 19. Dezember 2000 (GBl. S. 745) – GemO BW

§ 2

Räumliche Geltungsbereich der Satzung

Der räumliche Geltungsbereich ergibt sich aus den Festsetzungen der in § 3 aufgeführten Bebauungspläne.

§ 3

Gegenstand der Bebauungsplanänderungen

Die Änderungen betreffen den Textteil der Bebauungspläne.

1. Dachaufbauten / Dacheinschnitte:

Dachaufbauten oder Dacheinschnitte sind bei Dächern mit mindestens 27 ° Dachneigung allgemein zulässig. Dachaufbauten oder Dacheinschnitte dürfen sich innerhalb der Hauseinheiten höchstens über die Hälfte der Trauflängen, bezogen auf die jeweilige Hausseite erstrecken und müssen von evtl. Gebäudetrennwänden und von den Giebeln mindestens 1,25 m Abstand einhalten.

Die Traufe bzw. Dachrinne des Gebäudes darf nicht durch Erhöhung der bestehenden Hauswand unterbrochen werden und muss jeweils über die gesamte Dachlänge durchlaufen.

Dachlaternen sind nicht zulässig.

Bei denkmalgeschützten Gebäuden gilt o.g. Regelung unter dem Vorbehalt der denkmalschutzrechtlichen Zustimmung.

2. Nebengebäude / Geschirrhütten:

Nebengebäude (insbesondere Geschirrhütten) sind bis zu einer Größe von maximal 20 cbm umbauter Raum zulässig. Sie dürfen jeweils nur im rückwärtigen Grundstücksbereich und zwischen den Gebäuden errichtet werden. Der Vorgartenbereich, d.h. die Grundstücksflächen zwischen öffentlichen Erschließungsstrassen und den straßenseitigen Gebäudefluchten sind freizuhalten.

Diese Satzung ersetzt alle bisherigen Regelungen und Festsetzungen zu Dachaufbauten / Dacheinschnitten und Nebengebäuden in den nachfolgend genannten Bebauungsplänen des Gemeindegebietes von Inzlingen.

Folgende Bebauungspläne bzw. Abrundungssatzung werden geändert:

„Am Hofweg und Sessi“, vom 02. 01. 1957

„Steinenweg, Vereinf. Änd. 1“, vom 12. 01. 1980

„In der Au, Möndenweg, Maienbühl Vereinf. Änd. 2“, vom 12. 06. 1983

„Horland, Vereinf. Änd. 1“, vom 24. 03. 1984

„In der Au, Möndenweg, Maienbühl“, vom 08. 11. 1970, geändert am 09. 12. 1988

„Weingarten“, vom 08. 09. 1974, geändert am 09. 12. 1988

„Horland“, vom 20. 04. 1975, geändert am 09. 12. 1988

„Wasserschloß“, 12. 01. 1975, geändert am 09. 12. 1988

„Steinenweg“, 08. 09. 1976, geändert am 09. 12. 1988

„Mönden III“, vom 05. 09. 1977, geändert am 09. 12. 1988

„In der Au, Möndenweg, Maienbühl Vereinf. Änd. 4“, vom 09. 12. 1988

„Mönden III Änd. 3“, vom 09. 12. 1988

„Abrundung Chrischonagasse“, vom 27. 03. 1992

„Hütstal“, vom 19. 12. 1970, geändert am 08. 05. 1998

„In den Gattern, Auf der Neusetze“, vom 20. 06. 1967, geändert am 08. 05. 1998

„In den Gattern“, vom 11. 03. 1969, geändert am 08. 05. 1998

„Bütz matt – Tal“, vom 17. 10. 1986, geändert am 29. 09. 1999

„Horland Änd. 4“, vom 04.11.1999

„In den Gattern II“, vom 28. 11. 2002

§ 4

Bestandteile der Satzung

Die oben genannten Änderungen bestehen ausschließlich aus dieser Satzung. Beigefügt ist die Begründung.

§ 5

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne von § 75 LBO handelt, wer den aufgrund von §9 Abs. 4 BauGB, in Verbindung mit §74 LBO ergangenen Örtlichen Bauvorschrift vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt.

§ 6

Inkrafttreten

Die Satzung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung nach § 10 BauGB in Kraft.

Inzlingen, den 23. Februar 2005

Gemeinde Inzlingen



(Hildebrand)
Bürgermeister

Die ortsübliche Bekanntmachung nach § 10 Baugesetzbuch erfolgte im Mitteilungsblatt der Gemeinde Inzlingen vom 17. März 2005. Somit sind die Bebauungsplanänderungen an diesem Tag in Kraft getreten.

Inzlingen, den 17. März 2005


(Hildebrand)
Bürgermeister